



Die Handlungsempfehlungen des Deutsch-Französischen Zukunftswerks **Sozial-ökologische Transformation beschleunigen!**

Angesichts der immer dringlicher werdenden Klimakrise und der Notwendigkeit, den ökologischen Wandel sozial verträglich zu gestalten, haben sich viele Kommunen in Deutschland und Frankreich auf den Weg gemacht, sozial-ökologische Transformation lokal zu beschleunigen. Sie dienen als Inspirationsquelle, doch treffen sie auch auf viele Herausforderungen. Die konkreten Erfahrungen, die sie in ihrer Transformationspraxis machen, zeigen Wege auf, wie die nationalen Regierungen in beiden Ländern eine sozial-ökologische Transformation auf kommunaler Ebene unterstützen und beschleunigen können. Die vorliegenden sieben Handlungsempfehlungen sind jedoch auch auf andere Kontexte in Europa übertragbar. Denn ihre Entwicklung erfolgte in einem kollaborativen Prozess mit lokalen Partner:innen, sowie Expert:innen aus Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft. Die Betrachtung von zwei unterschiedlichen nationalen Kontexten war dabei von unschätzbarem Wert, denn was in einem Kontext unmöglich erscheint, wird in einem anderen Kontext bereits praktiziert. So können beide Seiten voneinander lernen.



1. Finanzierung kommunaler Klimamaßnahmen neu denken und Instrumente anpassen

Es gibt bereits eine Vielfalt an Förderprogrammen für kommunale Klimamaßnahmen. Die lokalen Erfahrungen in Deutschland in Frankreich haben jedoch gezeigt, dass diese zumeist nur von größeren oder fortgeschritteneren Kommunen effektiv in Anspruch genommen werden können. Die Fristen sind meist kurz. Die Antragstellung ist bürokratisch. Das beeindruckende Engagement von Personen auf lokaler Ebene könnte durch eine bessere finanzielle Grundausstattung der Kommunen potenziert und Klimaziele schneller erreicht werden. Dazu müssen die nationalen Regierungen in Frankreich und in Deutschland **sicherstellen, dass allen Kommunen eine langfristige Finanzierung von Klimamaßnahmen ermöglicht wird.** Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den nationalen Regierungen folgende Maßnahmen zu ergreifen.

In Deutschland und Frankreich

- Nationale Förderprogramme für Kommunen optimieren und entbürokratisieren, sowie eine *proaktive* und *regionalisierte* Unterstützungsstruktur aufbauen. Dafür sollten Kommunen in die Überarbeitung und regelmäßige Überprüfung der nationalen Fördermittelvergabe aktiv mit eingebunden werden.
- Klimawirkungen als wichtiges Kriterium in sämtliche nationale Förderprogramme für Kommunen aufnehmen.
- Einen ebenenübergreifenden und potenziell binationalen Innovationswettbewerb für effektive Klimaschutz und -anpassungslösungen ins Leben rufen.
- Deutschland und Frankreich sollten sich auf europäischer Ebene gemeinsam für die noch stärkere Integration von Aspekten des Klimaschutzes sowie der Umweltfreundlichkeit in das öffentliche Vergaberecht einsetzen.

In Frankreich

- Die kommunalen Ausgaben für Klimamaßnahmen sollten nicht für die Verpflichtungen zur Begrenzung öffentlicher Finanzen gelten, die seit der Konferenz von Cahors 2017 eingegangen wurden.

In Deutschland

- Eine gemeinsame Finanzierung von Bund und Ländern zur Klimavorsorge und -anpassung im Sinne des Koalitionsvertrags sicherstellen.

2. Kommunen für ein effektives Klimaschutzmonitoring aufstellen

Um ihre nationalen Emissionsreduktionsziele zu erreichen, sind Deutschland und Frankreich auf lokale Reduktionen und dementsprechend deren Messung angewiesen. In beiden Ländern bilanziert bereits ein Großteil der Kommunen ihre Treibhausgasemissionen (THG). Doch stehen die Kommunen dabei momentan noch vor großen Herausforderungen. Um hier dringende Abhilfe zu schaffen, braucht es Modelle, Methoden und nutzbare Daten, die Kommunen dazu befähigen, eigene Ziele zu setzen und ihren Fortschritt zu messen, ebenso wie einen einheitlichen nationalen Rahmen und Standards. Daher fordert das Deutsch-Französische Zukunftswerk die nationalen Regierungen in Deutschland und Frankreich auf, **ihre Bemühungen um ein effektives kommunales Klimaschutzmonitoring und dessen Integration in die nationale Bilanzierung erheblich zu intensivieren**. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den nationalen Regierungen folgende Maßnahmen zu ergreifen.

In Deutschland und Frankreich

- Sicherstellen, dass regionalisierte Daten zur THG-Bilanzierung, auch von privaten Akteuren z. B. von Netzbetreibern, in aufgearbeiteter Form zeitnah für die öffentliche Hand verfügbar gemacht werden.
- Die internationale Sichtbarkeit der kommunalen Beiträge zur nationalen und europäischen THG-Reduktion erhöhen.

In Frankreich

- Die Kapazität der regionalen Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt für die Aufbereitung, Verarbeitung und Analyse von Daten und ihre Rolle zur Unterstützung der Kommunen stärken.
- Die Konvergenz der methodischen Instrumente, die von den regionalen Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt verwendet werden, beschleunigen.

In Deutschland

- Bestehende Bilanzierungsziele, -instrumente und -methoden (insbesondere den BSKO-Standard) grundlegend und weitreichend überarbeiten, um eine wirkungsorientierte und regionalisierte Aussagekraft zu erzielen. Bei der Überarbeitung geht es insbesondere darum:
 - Regionalisierte „echt-Daten“ zu nutzen und somit das Verursacherprinzip in die Bilanzierung aufzunehmen.
 - Nicht nur THG-Emissionen, sondern auch Kohlenstoffsinken zu berücksichtigen.
 - Die Bilanzierung auf Scope 3 auszuweiten, was in Frankreich bereits erfolgt ist.
- Die so gestärkten kommunalen und regionalen Bilanzen sollten in eine öffentlich einsehbare nationale Übersicht (Dashboard) zum Zustand des Klimaschutzes in den Regionen eingefüttert werden.
- In Anlehnung an das französische Modell sollte der Bund gemeinsam mit den Ländern regionale Beobachtungsstellen zur Sammlung von Daten, Begleitung und Beratung der Kommunen einrichten.

3. Kooperationskultur und institutionelle Zusammenarbeit auf lokaler Ebene für eine sozial-ökologische Transformation aktivieren

Klimawandel und demnach auch Klimaschutz machen nicht vor Verwaltungsgrenzen halt. Die Erfahrungen deutscher und französischer Kommunen zeigen, dass sie ambitionierte Klimamaßnahmen im Alleingang nicht umsetzen können. Es bedarf einschlägiger Kooperationen, die unterschiedliche Formen annehmen können: Die Zusammenarbeit (1) zwischen benachbarten Gebietskörperschaften innerhalb einer Region; (2) zwischen Gebietskörperschaften und Akteuren aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft zur Entwicklung einer gemeinsamen Vision und deren Umsetzung für eine sozial-ökologische Transformation; und (3) in (trans-)nationalen Netzwerken, die den Austausch und das gegenseitige Lernen fördern. Diese Formen der Zusammenarbeit brauchen dauerhaften Rückenwind. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk fordert die nationalen Regierungen in Deutschland und Frankreich auf, **die Zusammenarbeit von Kommunen über Verwaltungsgrenzen hinaus und zwischen lokalen Schlüsselakteuren innerhalb von Kommunen mit Hochdruck zu unterstützen**. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den nationalen Regierungen folgende Maßnahmen zu ergreifen.



In Deutschland und Frankreich

- Zusammenarbeit lokaler Akteure innerhalb von Förderprogrammen für Kommunen im Bereich sozial-ökologischer Transformation stärker berücksichtigen.
- Kommunale Netzwerke in Frankreich und Deutschland auf regionaler, nationaler und transnationaler Ebene finanziell unterstützen.

In Deutschland

- Flächendeckend regionale Agenturen und Beobachtungsstellen für Energie und Umwelt nach französischem Vorbild fördern.

4. Entwicklung lokaler und nachhaltiger Ernährungssysteme priorisieren

Landwirtschaft ist für 10,3% der Treibhausgas-Emissionen der EU verantwortlich. Eine regionale, saisongerechte Versorgung mit biologisch produzierten Lebensmitteln sowie ein geringerer Konsum tierischer Nahrungsmittel kann den CO₂-Ausstoß nachhaltig reduzieren. Zudem ist Ernährung ein Alltags-thema, mit dem Bürger:innen greifbar in Berührung kommen. Kommunen können durch gezielte Ansätze in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen lokalen Akteuren auf Ernährungsgewohnheiten, lokale Produktion und Vertrieb einwirken. Doch sind die nationalen und EU-Rahmenbedingungen den Kommunen nicht immer dienlich. Daher fordert das Deutsch-Französische Zukunftswerk die nationalen Regierungen beider Länder auf, **die Umsetzung und Entwicklung innovativer Ernährungsstrategien vor Ort zu fördern sowie den rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmen für Kommunen und weitere lokale Akteure in diesem Bereich zu verbessern**. Des Weiteren sollten die nationalen Regierungen beider Länder **die bereits angekündigten Maßnahmen zur Ernährungsbildung und -sensibilisierung konsequenter umsetzen**. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den nationalen Regierungen folgende Maßnahmen zu ergreifen.

In Deutschland und Frankreich

- Standortangepasste Strategien für nachhaltige Ernährung finanzieren und begleiten, um regionale Ernährungssysteme zu stärken, z. B. Förderung von Stellen für Beauftragte für nachhaltige Ernährung.
- Sich für eine Reform des europäischen Vergaberechts einsetzen, welche die Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen deutlich flexibilisiert, insbesondere eine Änderung der Richtlinie 2014/24/EU vorschlagen und vor der Europäischen Kommission folgende Reformvorschläge verteidigen:

- Eine Ausnahmeregelung für die Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen einführen, die es ermöglicht, diese lokal und regional zu beschaffen.
 - Den direkten Einkauf bei lokalen Produzenten bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen für einzelne Lose in Höhe bis zu 50 % des Gesamtauftragswertes gestatten.
 - Den Verweis auf ein oder mehrere lokale Produktionsgebiete bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen in der Leistungsbeschreibung oder als Wertungskriterium zulassen.
- Dialog zwischen Käufern und lokalen Produzenten auf nationaler und regionaler Ebene fördern.
 - Eine vielfältige Agrarstruktur durch die Förderung einer ökologisch verträglichen Flächenbewirtschaftung und Regionalisierung der Lebensmittelversorgung stärken. Dafür gibt es folgende Hebel:
 - Akteure der lokalen Landwirtschaft direkt unterstützen, indem die Vergütung von Landwirt:innen für Umwelt- und Gemeinwohleleistungen durch eine schrittweise Neuausrichtung der Flächenprämien innerhalb der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik verbessert wird.
 - Den Kommunen ermöglichen, die Kontrolle über Agrarland zu behalten, um eine umweltfreundliche landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Hierfür sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:
 - Verbessertes Vorkaufsrecht für Kommunen, öffentliche Einrichtungen und lokale landwirtschaftliche Akteure ermöglichen.
 - Einen Fonds zur Finanzierung des Kaufs von Agrarland durch solche Kommunen und öffentliche Einrichtungen einrichten, die sich einer Bewirtschaftung unter ökologischen Gesichtspunkten verschreiben.
 - Ungenutztes Brachland besteuern, um Anreize für die Kultivierung zu schaffen.
 - In **Deutschland** den spekulativen Börsenhandel (share deals) mit landwirtschaftlich genutztem Land durch außerlandwirtschaftliche Investorengesellschaften unterbinden.
 - Ein Förderprogramm für die Beratung und Weiterbildung von bereits ausgebildetem Personal in der Gemeinschaftsverpflegung zu nachhaltiger Ernährung aufsetzen.

5.

Lokale partizipative Kulturarbeit als zentralen Hebel für sozio-ökologische Transformation begreifen und stärken

Kultur ist ein essenzieller Baustein für Regionalentwicklung. Der Dreiklang „Soziales, Ökologie und Ökonomie“ sollte um „Kultur“ als vierte, gleichwertige Säule ergänzt werden. Partizipative Kulturarbeit unterscheidet sich dabei von klassischer Kulturförderung durch ihr Bestreben, die Einwohner:innen aktiv in die Gestaltung des lokalen Kulturangebots mit einzubeziehen. Partizipative kulturelle Ansätze stärken Kompetenzen, welche für einen nachhaltigen Wandel auf lokaler Ebene entscheidend sind. Partizipative **Kulturarbeit muss deshalb als Hebel für sozial-ökologische Transformation und entscheidender Faktor für wirtschaftliche und soziale Resilienz anerkannt werden**. Dafür empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk den nationalen Regierungen folgende Maßnahme zu ergreifen.



In Deutschland und Frankreich

- Eine Beratungsstelle einrichten, welche insbesondere kleine und finanzschwächere Kommunen in beiden Ländern im Sinne eines Mentorings begleitet. Diese Stelle sollte partizipative Kulturarbeit als Strategie für Regionalentwicklung anerkennen und Kommunen bei folgenden Aufgaben unterstützen:
 - Durchführung lokaler Bedarfsanalysen.
 - Stärkung der ortsbezogenen Identifikation der Menschen durch Instrumente der partizipativen Kulturarbeit.
 - Sichtbarmachung bereits bestehender Projekte und Vernetzung lokaler Akteure.
 - Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für die Schaffung eines partizipativen Kulturangebots.

6. Partizipation neu denken! Langfristige Kooperationen zwischen Kommunen und Bürger:innen fördern

Die Erfahrungen deutscher und französischer Kommunen haben gezeigt, dass die Einführung von Formaten kontinuierlicher Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bürger:innen zur Erreichung ihrer Nachhaltigkeitsziele beiträgt. Ein Beispiel hierfür sind Commons-Public Partnerschaften als Reallabore, welche sich für das Gemeinwohl einsetzen, mit neuen Kooperationsformen experimentieren und Veränderungsprozesse anstoßen. Diese Formen der Kooperation verharren bisher in den Debatten um Klimapolitik und soziale Resilienz in einer Nische. Die französische und die deutsche Regierung sollten deshalb **die Etablierung und Weiterentwicklung von Formaten der kontinuierlichen Kooperation zwischen Bürger:innen, Zivilgesellschaft und den kommunalen Verwaltungen unterstützen**. Dies verlangt nach einem proaktiven, mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft zusammen gestalteten nationalen Aktionsprogramm zur (1) Entwicklung von Instrumenten, Methoden und Formaten der Beteiligung und Kooperation, und (2) Bereitstellung eines Weiterbildungsangebots für lokale Mandatsträger:innen und Verwaltungsangestellte, das den Kompetenzerwerb zu nachhaltigen Kooperationsformen zwischen Kommunen, Zivilgesellschaft und Bürger:innen ermöglicht. Denn erst wenn Beteiligung und Kooperation zur Kernaufgabe, angemessen finanziert und ernsthaft verfolgt werden, können sie ihre Wirkung entfalten. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den nationalen Regierungen folgende Maßnahmen.



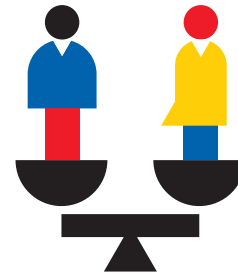
In Deutschland und Frankreich

- Bürger:innenbeteiligung als zentralen Bestandteil im kommunalen Klimaschutz etablieren.
- Ein Bundeskompetenzzentrum für Commons-Public Partnerschaften einrichten.
- Einen Rechtsrahmen schaffen, der sich am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr orientiert, und eine zeitlich begrenzte Zusammenarbeit zwischen engagierten Bürger:innen und der Kommunalverwaltung ermöglicht.
- Kooperationsprojekte zwischen lokalen Verwaltungen und Akteuren der Zivilgesellschaft durch einen deutsch-französischen Fonds nachhaltig unterstützen.



7. Diskriminierungssensible Transformationspolitik auf lokaler Ebene ermöglichen

Wie der Weltklimarat festhält, umfasst Klimagerechtigkeit drei Aspekte: Erstens, eine gerechte Verteilung der Lasten und Vorteile der Klimapolitik, zweitens eine Beteiligung an Entscheidungsfindungen sowie drittens eine grundsätzliche Wertschätzung von und Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven. Klimapolitik in beiden Ländern droht, diesem Zielbild nicht gerecht zu werden, und Diskriminierungen zu reproduzieren. Kommunen gestalten die sozial-ökologische Transformation vor Ort. In dieser Transformationsgestaltung müssen sie sensibel für bestehende Diskriminierungen sein und diese abbauen. Dafür brauchen sie die vielfältigen Perspektiven der Gesellschaft. Doch für Menschen, die unterschiedliche Diskriminierungen erfahren, bestehen viele Zugangshürden zu Entscheidungsprozessen. Um diese abzubauen, müssen die Potenziale der Zusammenarbeit auf Augenhöhe von lokaler Politik und Verwaltung mit den zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen von diskriminierten Gruppen anerkannt und gefördert werden. **Die nationalen Regierungen müssen deshalb diskriminierungssensible Ansätze lokaler Klimapolitik maßgeblich unterstützen.** Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den nationalen Regierungen folgende Maßnahmen zu ergreifen.



In Deutschland und Frankreich

- Förderprogramme für kommunale Klimapolitik so gestalten, dass sie eine Vernetzung und Zusammenarbeit mit öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vorsehen, die Antidiskriminierungsarbeit leisten. Um Selbstorganisationen diskriminierter Gruppen eine Beteiligung zu ermöglichen, sollte zudem die Existenz dieser Organisationen über eine strukturelle und mehrjährige Förderung aus nationalen Mitteln gesichert werden.
- Dafür sorgen, dass mehr Daten und Forschung aufzeigen, wie Klimapolitik sich auf bestehende Ungleichheiten und Diskriminierung in beiden Gesellschaften auswirkt.
- Dazu beitragen, dass Bürger:innenräte diskriminierungssensibel gestaltet werden, um bei allen Fragen der sozial-ökologischen Transformation eine Vielfalt von Perspektiven sichtbar zu machen.

Lesen sie die Langfassung dieses Dokuments auf:

→ df-zukunftswerk.eu/handlungsempfehlungen

Umgesetzt von



GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

